

Der Kampf der Bauern um den Agrardiesel

Bündnis 90/Grüne erläutern die Geschichte der Vergünstigungen, die von 1922 stammen.

Landkreis Dillingen Die Landwirtschaft kämpft um ihr ermäßigte Kfz-Steuer. Die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen weist daraufhin, dass eine Streichung der Kfz-Steuerermäßigung keine Erfindung der Ampel sei. Im Rechnungsprüfungsausschuss des Bundestages hätten alle Abgeordneten aus CDU, CSU und AFD Mitte Dezember einen Beschluss gefasst, das Bundesfinanzministerium habe „einen Formulierungsvorschlag zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes zu unterbreiten, in dem die Steuerbefreiung für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge zum nächstmöglichen Zeitpunkt aufgehoben wird“.

Es handle sich um „überholte Vergünstigungen bei der Kraftfahrzeugsteuer“. Der Bund verzichte dadurch auf mehr als eine Milliarde Euro Steuereinnahmen.

Auch der Bundesrechnungshof hat laut Recherchen des Bayerischen Rundfunks bereits im Januar 2023 von Bundesfinanzminister Lindner eine Reform der Steuervorteile für landwirtschaftliche Fahrzeuge gefordert. Die Rechnungsprüfer verweisen darauf,

dass die Ausnahmen auf das erste Kraftfahrzeugsteuergesetz aus dem Jahr 1922 zurückgingen. Damals sei das Ziel gewesen, durch die Steuerbefreiung die Landwirtschaft zu motorisieren. Dieses Ziel sei mittlerweile erreicht, die Förderung somit obsolet.

Für die Kreistagsfraktion der Grünen stehe fest, dass die Kritik der Bauern nicht allein an die Ampelregierung zu adressieren sei. Vielmehr müsste sie sich auch an die Oppositionsparteien aus CDU/CSU und AFD richten, deren Abgeordnete die Pläne zur Streichung einstimmig mitgetragen hätten.

Ziel müsse es sein, über eine nachhaltige Reform die Existenz der Landwirtschaft zu sichern. Angemessene Preise für ihre erzeugten Lebensmittel, eine aufwandsgerechte Honorierung ihrer Leistungen für Artenvielfalt, Landschafts- und Gewässerschutz und im Rahmen der regenerativen Energieerzeugung zeigten den Landwirten mehr Wertschätzung als eine bloße Alimentierung des Agrardiesels. Die rasche Einführung einer Tierwohlabgabe könne ein wichtiger Baustein sein. (AZ)